

**Dringliche Motion der SP-Fraktion:
«Flexibilisierung der Instrumente der st.gallischen Finanzpolitik**

Die derzeit schwierige wirtschaftliche Situation schlägt auf den Haushalt des Staates durch und verstärkt die gravierenden Einnahmeausfälle, die als Folge der Revision des Steuergesetzes entstanden sind. Mit den vorliegenden Sparmassnahmen werden die Tendenzen des Abgleitens in eine Rezession zusätzlich beschleunigt. Gegen diese Entwicklung braucht es flexiblere Instrumente in der Finanzpolitik. Die Regeln zur Führung des Staatshaushaltes sind im Kanton St.Gallen ausgesprochen streng umschrieben und geben keinen Spielraum zur bewussten und gezielten Stärkung der konjunkturellen Entwicklung. Insbesondere drei Vorgaben lassen keine Verschuldung des Staates respektiv kein antizyklisches Verhalten zu: Kurze Abschreibungsdauer: Im Gegensatz zu den Vorgaben des Staates an die Gemeinden schreibt der Staat seine Investitionen in kurzer Zeit ab. Aktivierungsgrenze: Aufträge bis zu 3 Mio. Franken werden direkt der Laufenden Rechnung belastet. Damit geraten im Budgetprozess sehr viele notwendige Investitionen unter Spardruck. Das Streichen solcher Aufträge ist insbesondere für KMU-Betriebe verheerend. Erlaubtes Budgetdefizit: Die Höhe des erlaubten Budgetdefizites liegt derzeit bei drei Prozenten der einfachen Steuer. Eine Aufweichung dieser Limite durch eine flexiblere Handhabung würde im Falle des Fehlens von Eigenkapital im schlimmsten Fall zu einer höheren Verschuldung führen.

Der durch flexiblere Instrumente in Kauf genommene Anstieg der Verschuldung ist unter dem Gesichtspunkt der äusserst geringen Verschuldung des Staates vertretbar. In wirtschaftlich guten Jahren muss jedoch der Schuldenabbau dem Äufnen von Eigenkapital und Steuersenkungen vorangehen. So kann die notwendige Manövriermasse für sicher wiederkehrende schwierige Zeiten wieder erarbeitet werden.

Die Regierung wird eingeladen, die notwendigen Gesetzesanpassungen für die Möglichkeit einer Erhöhung des Budgetdefizits und eine Senkung der Aktivierungsgrenze vorzulegen.»

1. Juli 2003

SP-Fraktion